Nr. 352 XXVI. Jahrgang Sonnabend, 28. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 8 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile (oder ihr Raum) für Dresden und Vororte [illegible] Pf., für auswärts [illegible] Pf., die zweispaltige Reklamezeile M. 1.50, mit Platzvorschrift M. [illegible] Für Ziffern- oder Auskunft [illegible] Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr [illegible] Pf. Auf diese Preise werden [illegible] Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste“ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste“ „ 2.49, „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Anwachsen des Radikalismus in Berlin

Die Berliner Straßenkämpfe und die Regierungskrise

Die Spartakus-Leute und die ihnen nahestehenden Elemente — wer das eigentlich ist, läßt sich nicht genau sagen — haben den moralischen Vorteil, den sie aus den Vorgängen am Dienstag davontrugen, nicht ungenutzt gelassen. Die Verständigung, die am Dienstagabend zwischen der Regierung und den Matrosen zustande kam, war in Wirklichkeit ein Sieg der letzteren. Die Matrosen bleiben in Berlin und ihr schärfster Gegner, der bisherige Stadtkommandant Wels, ist seines Postens enthoben. Sein Nachfolger ist sein bisheriger Mitarbeiter Leutnant Fischer, ein früherer Dominikanermönch und ehemaliger Theologieprofessor in Freiburg in der Schweiz. Er hat Amt und geistliche Würde seiner sozialdemokratischen Ueberzeugung geopfert und vor dem Kriege als einfacher Arbeiter ein neues Leben begonnen. Fischer hat dann den Feldzug als Freiwilliger mitgemacht, wurde Leutnant und erwarb verschiedene Kriegsauszeichnungen. Er genießt das unbedingte Vertrauen der Berliner Soldaten und Matrosen und wurde noch vor der offiziellen Absetzung Wels' zu seinem Nachfolger gewählt.

Die Stellung der Regierung erschien nach den Vorgängen des Dienstag schwer erschüttert, und die Spartakus-Leute hielten nun die Zeit für reif, um einen größeren Schlag zu unternehmen. Er wurde am ersten Feiertage gegen den Betrieb des „Vorwärts“ geführt. Teilnehmer an einer Spartakus-Demonstration in der Siegesallee zogen vor das „Vorwärts“-Gebäude und erzwangen mit auffällig leichter Mühe den Eintritt. Sie haben dann gegen den Protest des rasch versammelten Personals den Betrieb in Besitz genommen, Flugblätter gedruckt und den Minister Eugen Ernst, der im Hause des „Vorwärts“ wohnt, festgenommen. Bei den Demonstrationen vor dem Gebäude wurde die Absetzung der Regierung Ebert-Haase verkündet und eine Regierung Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ledebour, Eichhorn ausgerufen. Man weiß nicht, welche Rolle Polizeipräsident Eichhorn bei diesen Vorgängen gespielt hat. Die Schutzwachen sind zwar alsbald vor dem Gebäude erschienen, aber nicht, um das Haus und den Betrieb seinem rechtmäßigen Besitzer wiederzugeben, vielmehr sollte der „Vorwärts“ gegen jeden weiteren gewaltsamen Angriff geschützt werden, also wohl hauptsächlich gegen dessen rechtmäßigen Besitzer. Der Angriff ist nun allerdings nicht erfolgt, sondern man beschritt den Weg der Verhandlungen. Sie haben den ganzen gestrigen Dienstag über angedauert und es ging dabei um mehr, als um das Schicksal des „Vorwärts“. Es handelte sich um eine Regierungskrise. Die Volksbeauftragten scheinen sich der geringen Macht bewußt geworden zu sein, die sie in den letzten Tagen entfaltet hatten und der wachsenden Schwierigkeiten. Mit Recht ist aber in dieser Krise dem Fall des „Vorwärts“ eine besondere Bedeutung beigemessen worden, und die sozialdemokratischen Volksbeauftragten haben, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, ihr weiteres Verbleiben im Amte in erster Linie von der Rückgängigmachung dieses Rechtsbruches abhängig gemacht. Diese Angelegenheit konnte dann auch schließlich geregelt werden, allerdings nicht durch das unmittelbare Eingreifen der Regierung, sondern auf Grund von Verhandlungen, die zwischen der Redaktion und dem Verlag einerseits, dem Ausschuß der revolutionären Arbeiterräte Groß-Berlins (einer neu ins Leben getretenen Institution der Radikalen) andererseits geführt wurden. Der „Vorwärts“ wird bis auf weiteres unter seiner bisherigen Leitung wiedererscheinen, wurde aber gezwungen, an der Spitze seiner heutigen Nummer eine Erklärung zu veröffentlichen, die zweifellos nicht der Ueberzeugung des Chefredakteurs Stampfer und der sozialdemokratischen Partei entspricht. Diese Erklärung lautet:

„Die Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Berlins vom 26. Dezember 1918 hat volles Verständnis für den Groll der Arbeitermassen, der am 25. Dezember zur Besetzung des „Vorwärts“-Unternehmens geführt hat. Der ungeheuerliche Rechtsbruch, der vor zwei Jahren gegen die Berliner Arbeiterschaft begangen wurde, wird heute um so aufreizender von der revolutionären Arbeiterschaft empfunden, als der „Vorwärts“ in der letzten Zeit in schamloser Weise alle ehrlichen revolutionären Kreise, sowie die Matrosendivision beschimpft hat. Die revolutionären Obleute halten daher die den „Vorwärts“-Leuten erteilte Lektion für wohlverdient, aber sie halten das Vorgehen gegen den „Vorwärts“ nicht für den gegebenen Anlaß, den umfassenden Endkampf gegen die offene und verkappte Gegenrevolution aufzunehmen. Die Versammlung der revolutionären Obleute empfiehlt daher die Aufgabe der Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes. Sie verpflichtet sich, alle Kräfte einzusetzen, die revolutionäre Entwicklung weiterzutreiben und den Kampf gegen den Sozialismus zu Ende zu führen. Bis dieser Kampf schließlich endgültig eingeschlossen der Kampf gegen die Regierung Ebert und deren Lakaien im „Vorwärts“. Die Versammlung erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den „Vorwärts“ an. Sie ist der Meinung, daß die „Vorwärts“-Angelegenheit in dieser revolutionären Epoche sofort vom Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiterschaft in diesem Sinne geregelt werden muß.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Groß-Berlins.“

In einem „Der Standpunkt der Redaktion“ überschriebenen Artikel setzt dann diese ihre Stellungnahme zu dem Vorgehen auseinander. Die Schlußsätze lauten: „Der „Vorwärts“ bleibt, was er gewesen ist, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das keiner andern Kontrolle als jener der eigenen Parteiinstanzen unterworfen ist. Seine Redaktion bleibt unverändert, ebenso seine Gesinnung. Sein Recht aber, frei seine Meinung sagen zu dürfen, wird er hoffentlich im revolutionären republikanischen Deutschland kein zweites Mal besonders zu verfechten brauchen.“ Nach der ganzen Lage der Dinge und nachdem der „Vorwärts“ eine solche Erklärung gegen sich selbst und in derselben Nummer, in der er die Hoffnung auf Freiheit der Meinung und Pressefreiheit ausspricht, hat veröffentlichen müssen, erscheinen die Schlußworte seiner Erklärung reichlich optimistisch.

Während des gestrigen Tages ist ferner zwischen den Volksbeauftragten und den außerhalb der Regierung stehenden Unabhängigen verhandelt worden. Um 9 Uhr abends fand eine wichtige Kabinettssitzung statt, deren Ergebnis bis in die späten Abendstunden noch nicht vorlag. Trotz der Freigabe des „Vorwärts“ bestand die Krise nach wie vor. Es verlautete am Abend, daß der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte für heute einberufen werden soll, um die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Sollte die Kabinettsbildung nicht sogleich gelingen, so würde die vorläufige Regierungsgewalt bis auf weiteres vom Zentralrat übernommen werden. Es steht noch völlig dahin, ob der Zentralrat, seiner Zusammensetzung entsprechend, ein reines Mehrheitskabinett bilden würde. Die Möglichkeit neuer Koalitionsversuche zwischen den sozialistischen Parteien ist nach wie vor gegeben. Der Kommandeur der Gardetruppen General Lequis ist zurückgetreten und durch Generalleutnant v. Lüttwitz ersetzt worden. Ueber die Haltung der Regierungstruppen liegen die widerspruchsvollsten Berichte vor. Vielfach wird behauptet, die neuen Schreckenstage hätten vermieden werden können, wenn man den Matrosen den Gehalt bis zur Ablösung (der sie sich bekanntlich widersetzten) nicht vorenthalten hätte. Das wird sich natürlich nachträglich niemals feststellen lassen. Jedenfalls behalten die Matrosen nach der Abmachung ihre „Bureauräume im Marstall“, werden „der Republikanischen Soldatenwehr eingegliedert“ und haben die Aenderung in der Führung der Gardetruppen durchgesetzt.

Dabei wird uns zuverlässig berichtet, daß das Angreifen der Regierungstruppen mit der Waffe herbeigeführt wurde durch eine telephonische Mitteilung der Matrosendivision im Marstall an den Rat der Volksbeauftragten. In dieser in der Nacht vom Montag zum Dienstag erfolgten Telephonmeldung teilten die Matrosen mit, daß sie für das Leben des Stadtkommandanten Wels nicht mehr garantieren könnten. Daraufhin wurden die Truppen veranlaßt einzugreifen. Inzwischen haben die Kieler Marineformationen, Matrosendivision, Torpedodivision, U-Boots-Division und Seebataillon, ihrer lebhaften Entrüstung über das schimpfliche Treiben in Berlin Ausdruck gegeben. Einmütig wurde von allen Formationen beschlossen, daß Gouverneur Noske der Regierung mitteile, daß die Kieler Soldaten und Matrosen geschlossen hinter ihr stehen. Die Verwirrung ist nach alledem kaum mehr zu übertreffen. In diesem Augenblick hat sich Eduard Bernstein von den Unabhängigen getrennt und ist — als alter Revisionist — zu den Mehrheitssozialisten zurückgekehrt. Andre dürften ihm folgen, während die grenzenlose Radikalisierung wiederum auf der andern Seite fortschreitet. Die Regierungskrise muß sich ebenfalls entscheiden. Das Fortwursteln ist unmöglicher geworden, als je.

Inzwischen hat die Entente keinen Zweifel darüber gelassen, was sie zu tun gedenke, wenn sich die anarchischen Zustände ausbreiten. Aber es scheint, daß blinde Leidenschaft und ebenso blinder Doktrinarismus auf keine Warnung mehr hören und daß die Berliner Regierung sich der Gefahren einer völligen Isolierung gar nicht recht bewußt ist. Die Folgen können nicht ausbleiben in einer Zeit, da alles Leben in Deutschland abhängt von Arbeit, Ruhe und Ordnung.

Die Opfer des Straßenkampfes

Wie von der Berliner Kommandantur mitgeteilt wird, sollen die Gardetruppen am Heiligen Abend 56 Tote zu verzeichnen gehabt haben. Die Namen der Toten sind noch nicht bekannt. Auf der andern Seite sind 6 Matrosen und 5 Angehörige der Polizeitruppen (rote Armbinde mit weißer Nummer) gefallen. Im Schlosse sind 6 Leichen von Matrosen aufgebahrt. Die Beerdigung der Opfer soll am kommenden Sonntag stattfinden.

Zur Lage

wird uns aus Berlin heute weiter berichtet: Die Regierungskrise steht unmittelbar vor der Entscheidung. Der Zentralrat der A.- und S.-Räte, der auf dem Rätekongreß gewählt wurde und aus 27 ausschließlich der Mehrheitssozialistenpartei entnommenen Mitgliedern besteht, ist heute vormittag 11 Uhr mit den sechs Volksbeauftragten zu einer gemeinsamen Sitzung im Abgeordnetenhause zusammengetreten, in der unbedingt eine Klärung erfolgen wird. Es bestehen drei Möglichkeiten der Lösung:

1. Es wird ein neuer Rat der Volksbeauftragten bestimmt, der nur aus Mehrheitssozialisten besteht und dem dann wohl wieder Ebert, Scheidemann und Landsberg angehören würden.

2. Der Rat der Volksbeauftragten wird nur aus Unabhängigen gewählt, wobei Haase, Dittmann und Barth im Kabinett bleiben.

3. Die Mehrheitssozialisten Ebert, Scheidemann und Landsberg scheiden aus und werden durch drei andere Mehrheitssozialisten ersetzt.

Nach Lage der Dinge scheint ein weiteres Zusammenarbeiten des Rates der Volksbeauftragten in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ausgeschlossen. Die Krise dreht sich um drei Hauptfragen, hinter denen die andern Fragen und auch die Ereignisse der letzten Tage zurücktreten. Diese Hauptfragen sind: Die Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Kommandogewalt, die Stellung der Offiziere, die Abschaffung der Rangabzeichen usw.; dann die Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Sozialisierung zunächst des Bergbaues und die Frage der vollen Demobilisation. Die erste und zweite Frage werden im Kabinett seit Wochen erörtert, schon lange bevor der Rätekongreß irgendwelche Beschlüsse gefaßt hatte. Was die dritte Krisenfrage betrifft, so wollen die Mehrheitssozialisten die Jahrgänge 1897 und 1898 unter Waffen halten und ebenso diejenigen Leute älterer Jahrgänge, die mit Wachdienst und ähnlichen Aufgaben betraut sind. Die Unabhängigen dagegen wollen die völlige Demobilisierung. Mit dieser Skizzierung ist der politische Kern der Krise gegeben.

(Weiteres siehe Letzte Nachrichten und Telegramme)

Reichskonferenz des Spartakus-Bundes

Berlin, 27. Dezember. Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, werden die Organisationen des Spartakus-Bundes zu einer am Montag den 30. Dezember beginnenden Reichskonferenz des Spartakus-Bundes mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Die Krise in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, 2. Programm des Spartakus-Bundes, 3. Nationalversammlung, 4. Internationale Konferenz.

Die Umbildung des Kabinetts Clemenceau

× Bern, 26. Dezember

„Nouvelliste de Lyon“ meldet aus Paris: Die Sozialisten würden bei Erörterung der provisorischen Budgetzwölftel von der Regierung Aufklärung über die äußere und die innere Politik verlangen. Dies sei der erste ernste Sturm auf das Kabinett Clemenceau, das, wie man allgemein glaubt, nicht erschüttert ist, noch vor Friedensschluß erschüttert werden kann.

+ Genf, 27. Dezember. (Priv.-Tel.) Der „Progrès de Lyon“ meldet, Clemenceau habe sich mit einem von Dalbiez ausgearbeiteten Plan zur Beschleunigung der allgemeinen Demobilisierung des Heeres einverstanden erklärt. Es gehen Gerüchte über eine Ministerkrise um. Der „Eclair“ hält eine teilweise Umgestaltung des Ministeriums für möglich. Der Ausgang der morgen beginnenden Kammerdebatte über die provisorischen Zwölftel, die eine Aussprache über die innere und auswärtige Politik bringen wird, dürfte für den in Frage stehenden Regierungswechsel entscheidend sein.

Belgischer Sozialistenkongreß

× Brüssel, 25. Dezember. Der belgische Sozialistenkongreß, der heute morgen zum ersten Male seit vier Jahren zusammentrat, und bei dem etwa 1000 Delegierte anwesend sind, beschloß, zuerst die innere Parteipolitik und sodann die internationale Politik zu besprechen. Minister Vandervelde las den Bericht über die öffentliche Lage vor und wiederholte, unter welchen Bedingungen der Generalrat die Mitwirkung von Parteidelegierten am Einigungsministerium gebilligt habe. Diese sind insbesondere das allgemeine Wahlrecht, das Recht der Syndizierung für die Postangestellten, die Mitwirkung der Parteidelegierten am ökonomischen Ausbau des Landes. Der Minister gab sodann Kenntnis von dem Programm der Regierung, das ein Programm der Einigung sei.

Lebensmittel für Deutsch-Oesterreich

Nach einer Meldung des Wiener Telegraphenkorrespondenzbureaus aus Bern traten die Vertreter der Entente und Deutsch-Oesterreichs zu einer Beratung über die Lebensmittelversorgung Deutsch-Oesterreichs zusammen. Die Ententevertreter gaben dem Antrage auf sofortige Ausfuhr von 110 Waggons Lebensmitteln als Vorschuß für Wien aus schweizerischen Beständen statt. Die ersten Waggons dürften heute Donnerstag nach Wien abgehen.

Die Verhandlungen in Spa

Die Abgrenzung der Brückenköpfe Köln—Koblenz—Mainz führt in der Durchführung zu vielfachen Unzuträglichkeiten, auf welche wiederholt die deutsche Waffenstillstandskommission hingewiesen hat. Die Alliierten haben daraufhin ihrerseits mehrfach Vorschläge unterbreitet, um eine zweckmäßige, den praktischen Bedürfnissen entsprechende Regelung herbeizuführen. Daraufhin wurde in Spa der interalliierten Kommission folgende Note durch die deutschen Vertreter übermittelt:

„Die deutsche Regierung ist mit dem Vorschlag einverstanden, den engen Streifen zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz in die Brückenköpfe einzubeziehen. Sie stimmt auch der Linie Michelbach—Allendorf als Ostgrenze im allgemeinen zu, wünscht jedoch, daß Ortschaften wie Eisighofen, Dörsdorf, Berghausen, die eine gute Verbindung in das neutrale Gebiet haben, ohne das besetzte Gebiet zu berühren, nicht besetzt werden. Diese Forderung entspricht der Begründung der Note 111/g, wonach der Hauptgrund für die Erweiterung der Brückenköpfe die fehlende Verbindung sein sollte. Für die genannten Ortschaften trifft diese Begründung nicht zu. Einzelheiten werden örtlich zu regeln sein. Die deutsche Regierung beantragt als Ausgleich zu diesem Entgegenkommen ihrerseits, daß die Vororte Frankfurts bis einschließlich Höchst aus dem Brückenkopf herausgenommen werden. Dies ist im Interesse des Arbeiterverkehrs dringend erwünscht.“

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt ferner mit: Die Abgabe des Verkehrsmaterials wird durch neue Bestimmungen der Alliierten ungemein erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die französische Abnahmekommission weist alle Wagen, die länger als drei Jahre nicht untersucht worden sind, ohne weiteres zurück. Bald nach Kriegsausbruch wurde die Untersuchungsfrist unserseits auf fünf Jahre festgelegt. Infolge der ganz neuen und unbegründet hervortretenden Forderung der Entente würden zwei Fünftel unseres ganzen Wagenparks von vornherein von der Abnahme ausgeschlossen sein, selbst ganz neue Wagen, die länger als drei Jahre nicht untersucht worden sind. Gegen diese Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen, die die rechtzeitige Abgabe des Verkehrsmaterials einfach unmöglich macht, ist Protest eingelegt worden.

In der Vollsitzung vom 21. Dezember wurde in Beantwortung der von den Alliierten gewünschten Angaben eine deutsche Note überreicht, die Mitteilungen über die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung enthält. Unter nochmaligem Hinweis auf die außerordentliche politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung ersucht die deutsche Regierung, in die Vorbereitung und Vornahme der Wahlen und in die Agitation, insbesondere also auch in die Presse- und Versammlungsfreiheit, keine Eingriffe vorzunehmen sowie zu gestatten, daß die erforderliche Berichterstattung der Verwaltungsbehörden über die Wahlvorbereitungen und Vornahme der Wahlen ungehindert geschehen kann. Da die Wahlen schon im Januar stattfinden sollen, wäre die deutsche Regierung für Beschleunigung der erforderlichen Anordnungen dankbar. Französischerseits wurde die Weitergabe der Note zugesagt. Die Alliierten haben die nötigen Maßnahmen getroffen, um die Versendung der in Aurath lagernden achtzehn Millionen Wahlkouverts zu ermöglichen.

Rückgabe von Bankdepots

× Paris, 26. Dezember. (Havas.) Die Deutschen erstatteten die den Banken in Nordfrankreich genommenen Werte, die sich auf annähernd sechs Milliarden belaufen, zurück. Mehrere Geldschränke, von denen jeder fünf bis sieben Tonnen wiegt, welche sich gegenwärtig, von den Deutschen uneröffnet, in Brüssel befinden, werden demnächst nach Valenciennes zurückgebracht werden. Eine große Anzahl von Akten wird später die von den Deutschen in Lüttich angesammelten Werte nach den französischen Departements zurückbringen.

Paderewski in Posen

+ Posen, 27. Dezember. (Priv.-Tel.) Paderewski, der polnische Klaviervirtuose und Vertreter der polnischen Interessen bei Wilson, ist gestern abend 6 Uhr mit Frau, von Danzig kommend, in Posen eingetroffen und hat sich im Viergespann durch die Hauptstraßen der Stadt unter stürmischen Kundgebungen von reichlich 50 000 Personen aus Stadt und Provinz Posen nach dem Bazarhotel begeben, wo er Quartier nahm. Sein Einzug in Posen glich einem Triumphzuge. Die Häuser trugen noch reicheren Festschmuck als beim Zusammentritt des polnischen Teillandtages. Gestern abend fanden geheime Verhandlungen zwischen Paderewski und den Polenführern statt. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Danzig ist dort in den nächsten Tagen die Landung einer polnischen Armee zu erwarten. Aus Verhandlungen, die Paderewski führte, ist bekanntgeworden, daß das Gebiet von Danzig bis Stolp polnisch werden solle.

Panik in Danzig

Danzig, 27. Dezember. Unter der deutschen Bevölkerung in Danzig herrscht eine Panik. Es ist bekanntgeworden, daß am Sonntag in Danzig eine geheime Versammlung von Polen stattgefunden hat im Beisein von in Danzig anwesenden französischen und englischen Offizieren, sowie auch von polnischen Soldaten der Danziger Garnison. Es wurde beschlossen: Das Danziger polnische Expeditionskorps landet in Danzig. Die polnischen Truppen Danzigs gehen zu dem Korps